Gemeindeverwaltung Waldbronn
Herrn Bürgermeister Christian Stalf
Marktplatz 7
76337 Waldbronn

Waldbronn, den 4. November 2026

Betreff: Antrag zur verbindlichen Offenlegung, Bürgerbeteiligung und transparenten Nachbesserung bei der Umsetzung des Parkraumkonzepts

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stalf,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,

sehr geehrter Herr Bayer,

im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen Mobilitätskonzeptes wurde die Neuordnung des ruhenden Verkehrs vereinbart. Die in den vergangenen Wochen erfolgte Markierung und Einzeichnung von Parkflächen hat zwar zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beigetragen, gleichzeitig aber zu einer Reduzierung der verfügbaren Parkplätze und deshalb zu erheblichen Protesten der Anwohnerschaft geführt.

Hauptkritikpunkt ist dabei die mangelnde Transparenz im Vorfeld: Bisherige Abbildungen (überwiegend grobe Schemazeichnungen oder Luftbilder) ließen wesentliche Details wie maßstabsgetreue Straßenbreiten, Grundstückszufahrten sowie Zuwegungen zu Hydranten oder Transformatorenstationen nicht erkennen. Die pauschale Begründung der Verwaltung, an vielen Stellen verhindere die verbleibende Fahrbahnbreite die Einzeichnung von Parkständen, ist für die Betroffenen mangels konkreter Pläne nicht nachvollziehbar.

Um Akzeptanz zu schaffen, Rechtssicherheit zu gewährleisten und Fehlplanungen zu vermeiden, stellen die Fraktionen der Aktiven Bürger, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD folgenden Antrag „zur verbindlichen Offenlegung, Bürgerbeteiligung und transparenten Nachbesserung bei der Umsetzung des Parkraumkonzepts“

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, folgenden Beschlussvorschlag im Gemeinderat zur Abstimmung zu bringen und bei mehrheitlicher Annahme umzusetzen.

1. **Verbindliche Auslegung und Online-Bereitstellung maßstabsgetreuer Pläne**

   Vor der künftigen Umsetzung oder endgültigen Markierung von Parkraumüberplanungen ist die Verwaltung verpflichtet, die maßstabsgetreuen Detailpläne (inkl. exakter Angaben zu Fahrbahnbreiten, Gehwegbreiten, Zufahrten, Hydranten und Trafo-Stationen) für die Dauer von **zwei Wochen** im Rathaus öffentlich auszulegen sowie auf der Website der Gemeinde gut auffindbar bereitzustellen.

2. **Bekanntmachung im Amtsblatt**

   Die Einwohnerinnen und Einwohner sind über den Zeitraum der Auslegung, den Ort sowie den Link zur Online-Einsichtnahme rechtzeitig durch eine entsprechende Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde zu informieren.

3. **Einarbeitung und Berücksichtigung von Rückmeldungen**

   Während der zweiwöchigen Frist haben die Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit, Rückmeldungen, Bedenken und lokale Anregungen einzureichen. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Rückmeldungen im Rahmen einer Überprüfung und Überarbeitung der Pläne systematisch auszuwerten und einzubinden.

4. **Veröffentlichung der überarbeiteten Finalpläne**

   Die nach der Auswertung überarbeiteten, finalen Pläne sind vor Beginn der tatsächlichen Markierungs- oder Baumaßnahmen auf der Website der Gemeinde transparent und dauerhaft bereitzustellen.

5. **Überprüfung bereits umgesetzter Abschnitte**

   Für bereits markierte Straßenräume, in denen es zu erheblichen Unstimmigkeiten gekommen ist, werden die bei der Verwaltung vorgehaltenen Pläne ebenfalls auf der Webseite der Gemeinde bereitgestellt.

Begründung

Ein Mobilitätskonzept kann seine positive Wirkung nur dann entfalten, wenn es von Transparenz und Bürgerbeteiligung getragen wird. Die bisherige Praxis, Anwohner vor dem Vollzug der Bodenmarkierungen vorab nur mit Luftbildern und ungenauen Angaben zu informieren, leistet Unverständnis und Unmut Vorschub.

Nur auf der Grundlage maßstabsgetreuer Pläne lässt sich objektiv nachvollziehen, ob und wo verkehrsrechtliche Vorgaben (wie die verbleibende Fahrbahnbreite nach StVO) Einzeichnungen von Parkflächen tatsächlich entgegenstehen oder ob durch Detailanpassungen Parkraum erhalten werden kann. Die Betroffenen vor Ort kennen die konkreten Verhältnisse am besten. Durch die zweiwöchige Auslegung, die Vorab-Information im Amtsblatt und die anschließende Überarbeitung unter Einbezug der Anwohnerrückmeldungen schaffen wir ein faires, nachvollziehbares und bürgernahes Verfahren.

Wir bitten um die Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderats beziehungsweise des zuständigen Fachausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktionen der Aktiven Bürger, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

gez. **Michael Kiefer**	gez. **Petra Becker-Zeyer**	gez. **Alexander Schroth**
Gemeinderat	Gemeinderätin	Gemeinderat
Fraktionsvorsitzender		

gez. **Lisa-Ann Spanger**

Gemeinderätin

gez. **Marc Purreiter**
Gemeinderat
Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. **Brigitte Kalkofen**
Gemeinderätin

gez. **Lena Cannistra-Arzner**
Gemeinderätin

gez. **Prof. Dr. Peter Radgen**
Gemeinderat

gez. **Jens Puchelt**
Gemeinderat

gez. **Manuel Mess**
Gemeinderat